

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Für eine Wende in der Hafenpolitik — Ressourcen sparen statt verschwenden!**

Die Bürgermeister von Bremen und Hamburg und der niedersächsische Ministerpräsident sind sich einig über die grundsätzliche Notwendigkeit eines Tiefwasserhafens in der Deutschen Bucht. Dieser Hafen soll bereits ab 2006 wachsende Schiffs- und Containerkapazitäten aufnehmen. Als gemeinsames norddeutsches Projekt soll der Tiefwasserhafen am Standort Wilhelmshaven in einer ersten Ausbaustufe für zwei Großcontainerschiffe realisiert werden. In einer langfristigen Perspektive kann dort auf 900 ha Platz für 24 große Containerschiffe und eine Umschlagskapazität von 4,1 Mio. TEU und eine Wassertiefe von 18,5 m unter SKN entstehen. Diese Wachstumsperspektiven werden als entscheidender Vorteil des Standorts Wilhelmshaven gegenüber Cuxhaven gewertet.

Die Ausbaumöglichkeiten für die bremischen Häfen in Bremerhaven können nur eine kostspielige Zwischenlösung sein, die mit der Zerstörung ökologisch wertvoller Flächen und mit einer massiven Verschlechterung der Lebensqualität im Stadtteil Weddewarden verbunden ist. Auch mit einem CT IV wird Bremerhaven am Ende des Jahrzehnts an die Kapazitätsgrenze stoßen. Entgegen den öffentlichen Ankündigungen kann der Ausbau von CT IV langfristig den Hafenstandort Bremen/Bremerhaven nicht sichern. Entscheidende Impulse für einen Strukturwandel in der Stadt Bremerhaven sind mit dem CT-IV-Ausbau nicht verbunden.

Ein rapide verschärfter globaler Wettbewerb, steigende Kapitalbedarfe, Überkapazitäten auf der Angebotsseite, wachsende Knappheit der öffentlichen Haushalte und gravierende Eingriffe in den Naturhaushalt zwingen zu einem Umdenken in der Hafenpolitik. Das länderübergreifende Projekt Tiefwasserhafen bietet die Chance einer Hafenkooperation der beteiligten norddeutschen Länder mit dem Ziel der Bündelung von Infrastrukturmitteln zur effizienteren Kapazitätenauslastung sowie der Stärkung der Hafenstandorte gegenüber der Marktmacht der Reeder. Weiterhin wird das Tiefwasserhafenprojekt ein Testfall für die notwendige Beteiligung von Privaten bei der Finanzierung von großen Hafeninfrastrukturprojekten.

Das Projekt Tiefwasserhafen hat erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt. Diese sind nur zu rechtfertigen, wenn auf parallele Ausbaumaßnahmen und ökologische Eingriffe verzichtet wird.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich gegen einen weiteren Ausbau des Containerterminals (CT IV) auf den ökologisch wertvollen Flächen vor Weddewarden aus.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich gegen eine weitere Vertiefung der Außenweser aus.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass in Bremerhaven statt eines teuren Hafenausbaus besondere Anstrengungen zur Verbesserung der Wirtschaftsstrukturen und der Lebensbedingungen notwendig sind und unterstützt werden müssen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich dafür aus, dass private Nutzer der Infrastrukturen sich an den Kosten der Infrastrukturen für den Tiefwasserhafen

Wilhelmshaven maßgeblich beteiligen müssen, wie es von der EU-Kommission gefordert wird.

5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf europäischer Ebene für eine Politik der Hafenkooperation mit dem Ziel der Ressourceneinsparung einzusetzen.

Schramm,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen